7.3.97

‚Offensichtliche Täuschung' mobilisiert die Öffentlichkeit

Giftdeponie Münchehagen: ‚Gutachten unterschlägt Daten'

Loccum/Münchehagen (re). Schwere Geschütze gegen die Landesämter für Bodenforschung und Ökologie haben die Bürgerinitiativen Rehburg-Loccum und Petershagen sowie der BUND aufgefahren. Es geht um die Bewertung des Gutachtens, in dem die Ämter wegen angeblicher neuer Erkenntnisse eine komplette Sicherung und Sanierung der Giftdeponie nicht mehr für nötig halten. Die Kritiker werfen den Behörden in einer Bürgerversammlung im Loccumer Hotel Rode Täuschung der Öffentlichkeit durch Unterschlagung wesentlicher Daten, Heranziehung nichtssagender Probeanalysen und Verharmlosung von Meßreihen vor. Folge: BIs und Bürger mobilisieren die Bevölkerung der Stadt Rehburg-Loccum und die der über dem Grundwasserabstrom liegenden Orte.

Peter Thiele (BUND), Wolfgang Völkel (BI) und Heinrich Bredemeier (Bürgerbüro Münchehagen) wiesen auf Personen hin, die in den Landesämtern jetzt in verantwortlicher Stellung sitzen und an dem Gutachten mitgewirkt hätten. Diese Personen hätten Einrichtung und Betrieb der nun als illegal anerkannten Deponie anfangs der 70er und 80er Jahre gutachterlich begleitet. Das neue Gutachten hatte die Bezirksregierung bereits am 10. Juni 1996 bei den Landesämtern in Auftrag gegeben. „Am Mediationsverfahren vorbei", kommentiert Thiele, der den Vorwurf der Täuschung u. a. wie folgt begründet:

- Seit 1992 seien im wesentlichen keine organische Einzelstoffanalysen im Grundwasserabstrom genommen,
- hohe Werte im Sammelparameter als normale Salze abgetan und häufig zu harmlosen Ergebnissen heruntergerechnet worden.
- Bei der Erhebung der Schadstoffahnen 1987 und 1992 seien stets Sammelindikatoren gemessen worden.
- Das Gutachten stufe die Suche nach giftigen Stoffen als irrelevant ein.
- Vorwiegend grobkörnige Sedimente seien begutachtet und Feinstoffanalysen unzureichend berücksichtigt worden.
- Das weltweit typische Münchehagen-Dioxin-Muster sei außerhalb der Deponie nachweisbar. Das Gutachten komme aber zum Ergebnis: Kein Einfluß durch den aktuellen Deponiebetrieb.
- In einer Tagung in Hannover hätten die Ämter 1994 ein Schadstoffrückhaltevermögen des Tonsteins erkannt, aber nicht, wie das funktioniert. Jetzt kämen sie unter Bezug auf alte Daten zur gegenteiligen Aussage, obwohl die Risikostudie von Datenmängeln spreche.

Im öffentlichen Münchehagenplenum am Dienstag, 11. März, um 16 Uhr in der Akademie Loccum soll Umweltministerin Griefahn klare Aussagen über die Sicherungsabsprachen treffen. „Wer gibt eigentlich Anweisungen, die Ministerin, der Finanzminister oder die Landesämter?" hieß es zum Verhalten der Fachbehörden am runden Tisch vorbei.